



## 24/SVV/0386

Antrag  
öffentlich

# Verwaltungscampus als temporärer Aufenthaltsort für Jugendliche

<i>Einreicher:</i> Fraktion CDU	<i>Datum</i> 25.03.2024
------------------------------------	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
10.04.2024	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung
26.04.2024	Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service	Vorberatung

### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen, inwieweit der aktuell leergezogene Verwaltungscampus als Aufenthaltsort für eine temporäre Nutzung durch Jugendliche in Innen- und Außenräumen werdet werden kann.

Um eine zielgruppenorientierte Nutzung zu gewährleisten, sind Akteure wie bspw. der Kreisschülerrat, die Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen, das Kinder- und Jugendbüro, der SJR Potsdam e.V. einzubeziehen.

Im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Bildung und Sport ist im Mai 2024 über erste Ergebnisse zu berichten.

### Begründung:

Aufenthaltsorte für Jugendliche in Potsdam zu finden und zu sichern, ist aktuell schwieriger denn je. Dies gilt sowohl für Innenräume, die vor Kälte und Nässe schützen, als auch für Außenbereiche, in denen sie sich frei entfalten können. Obwohl dauerhafte Lösungen wünschenswert und nachhaltiger wären, so können auch temporär nutzbare öffentliche Räume diesem Ziel dienen.

Da der Verwaltungscampus bereits seit Monaten geräumt wurde, stehen Räume oder sogar ganze Gebäude ungenutzt da und warten auf bauliche Maßnahmen, die erst in Monaten erfolgen. Bauarbeiten könnten so getaktet werden, dass genau diese Räume gefahrlos und konfliktarm verwendet werden könnten. Die Versorgung mit Strom und sanitären Anlagen sollte mit bestehenden Gebäuden möglich sein.

Jugendliche wünschen sich Orte, an denen sie erwünscht und die nicht gleich mit Kosten

verbunden sind. Ob schulische Aktivitäten oder sich einfach nur treffen, zusammen Musik hören, dem muss nicht immer ein pädagogisches Konzept zugrunde liegen. Nach aktuellem Kenntnisstand wird der Bereich in der Innenstadt, der eine gute ÖPNV-Anbindung ermöglicht, präferiert.

Wir können Jugendliche fördern, indem wir ihnen Räume und Plätze zur Selbstentfaltung ermöglichen und gleichzeitig fordern wir ihnen Eigenverantwortung und das Einhalten einfacher Regeln ab. In der Vergangenheit hat das Projekt "Buntes B" bewiesen, dass gesetztes Vertrauen bestätigt wurde.

**Anlagen:**

1 Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich



<b>Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:</b>	
Titel des Antrages:	
<b>Drucksache Nr.:</b>	<b>TOP:</b>

**Stellungnahme der Verwaltung**

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung